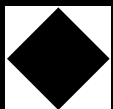


Sandra van der Stroom

Menschenrechtliche Anforderungen an den Strafvollzug

Mindeststandards und deren Implementierung
im Lichte des Art. 3 EMRK



Nomos

DIKE 

Schriften zum Internationalen und
Europäischen Strafrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Florian Jeßberger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Frank Neubacher, M.A., Universität zu Köln

Professor Dr. Helmut Satzger, LMU München

Professor Dr. Gerhard Werle, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 56

Sandra van der Stroom

Menschenrechtliche Anforderungen an den Strafvollzug

Mindeststandards und deren Implementierung
im Lichte des Art. 3 EMRK



Nomos

DIKE 

Publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Zürich, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Sandra van der Stroom

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8123-2

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2540-8

ISBN (Print): 978-3-03891-377-1 (Dike Verlag, Zürich/St. Gallen)

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748925408>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Meiner Familie

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Herbstsemester 2020 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich als Dissertation abgenommen. Sie entstand im Wesentlichen während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht unter Einschluss des internationalen Strafrechts von Herrn Prof. Dr. Frank Meyer. Die Fertigstellung der Arbeit erfolgte während meiner Tätigkeit am Bezirksgericht Zürich. Literatur und Rechtsprechung konnten bis einschliesslich August 2020 berücksichtigt werden.

Mit dem fertiggestellten Buch in den Händen geht ein bereichernder Lebensabschnitt zu Ende. Ohne die Menschen, welche mich auf diesem begleitet haben, wäre die vorliegende Arbeit nicht in der gleichen Form zu realisieren gewesen. Es ist deshalb an der Zeit, mich an dieser Stelle bei all jenen zu bedanken, die mir auf dem Weg zur Promotion bedingungslos zur Seite gestanden sind und die mich stets fachlich, persönlich und emotional unterstützt haben.

An vorderster Stelle danke ich meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Frank Meyer. Er hat nicht nur diese Arbeit mit gehaltvollen inhaltlichen Gedanken, konstruktiver Kritik und praktischen Hilfestellungen begleitet und gefördert, sondern mein wissenschaftliches Interesse überhaupt erst geweckt, mich zur Promotion ermuntert und während der Zeit an seinem Lehrstuhl meine wissenschaftliche Arbeitsweise massgebend geprägt.

Mein Dank gebührt zudem Frau Prof. Dr. Regina Kiener für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens und ihre inhaltlichen Anregungen. Ich kann mich glücklich schätzen, dass mit Herrn Prof. Dr. Frank Meyer und Frau Prof. Dr. Regina Kiener zwei sehr versierte Experten im vorliegenden Themenfeld aus zwei unterschiedlichen Fachgebieten diese Arbeit begutachtet haben und sich damit die Interdisziplinarität der Arbeit auch auf dieser Ebene widerspiegelt.

Weiter gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Oliver Diggelmann, welcher anlässlich des Doktorandenkolloquiums und auch im Rahmen eines späteren persönlichen Gesprächs grosses Interesse nicht nur an der vorliegenden Arbeit, sondern auch an meinem Werdegang gezeigt hat.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. Andreas Dübendorfer. Er hat das ganze Manuskript geduldig und

kritisch gegengelesen und lektoriert. Mit seinen sehr hilfreichen Ratschlägen zu sprachlich-stilistischen Fragen hat er maßgeblich zur Lesefreundlichkeit der vorliegenden Arbeit beigetragen.

Besonders bedanken möchte ich mich weiter bei meinen beiden Mitstreitern Dr. iur. Pascal Ronc und Dr. iur. des. Marta Stelzer-Więckowska. Nicht selten waren wir vor ähnliche Herausforderungen gestellt, und unser Zusammenhalt ermöglichte es uns, diese im gemeinsamen Diskurs zu meistern. Sie beide sowie Dr. iur. Lukas Staffler, MLaw Dimitrios Tsilikis, MLaw Yvonne van der Stroom und Anna Brassel haben die Zeit am Lehrstuhl zu einer unvergesslichen gemacht.

Zu Dank bin ich auch MLaw Nicole Ahoya und MLaw Thuy Xuan Truong verpflichtet für den inspirierenden Meinungsaustausch und die notwendigen technischen Kniffe, als Word an seine Grenzen zu kommen drohte.

Teil am Gelingen des vorliegenden Werkes haben auch Bezirksrichter und Vizepräsident lic. iur. Roger Harris sowie Oberrichter lic. iur. Claudio Maira. Durch ihren Einsatz und ihr Verständnis haben sie beide mir die notwendige Zeit zur kompromisslosen Fertigstellung dieses Projekts verschafft und mir dabei auch gezeigt, dass Wissenschaft und Praxis eng miteinander verwoben sind.

Innigster Dank gebührt meiner Familie, der ich diese Arbeit widme. Sie hat mich jederzeit unterstützt, mir den Rücken freigehalten und mich emotional gestärkt. Sie hat nie daran gezweifelt, dass dieses Projekt gelingen wird, und musste dabei erdulden, dass neben der Arbeit und der Dissertation wenig gemeinsame Zeit verblieb. Besonderer Dank gilt dabei meiner Schwester, MLaw Yvonne van der Stroom, mit welcher ich in dieser Zeit nicht nur wertvolle persönliche, sondern auch zahlreiche fachliche Diskussionen geführt habe und welche das Manuskript gegengelesen und auf den Prüfstand gestellt hat.

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis Länder	29
Abkürzungsverzeichnis Kantone	31
Teil 1: Einleitung	35
Kapitel 1: Einführung	35
Kapitel 2: Untersuchungsgegenstand	36
Kapitel 3: Gang der Untersuchung	41
Teil 2: Grundlagen	47
Kapitel 1: Der Strafvollzug – ein empirischer Überblick	47
Kapitel 2: Menschenrechte im Strafvollzug	49
Kapitel 3: Rechtsrahmen im Mehrebenensystem	67
Kapitel 4: Soft Law	102
Kapitel 5: Absolute Rechte	118
Teil 3: Mindeststandards im Strafvollzug – eine Analyse	137
Kapitel 1: Vorbemerkungen	137
Kapitel 2: Überbelegung	140
Kapitel 3: Gesundheitsversorgung im Strafvollzug	211
Teil 4: Durchsetzungsmechanismen bei unzureichenden Haftbedingungen	286
Kapitel 1: Ausgangspunkt	286
Kapitel 2: Gewährleistung eines Mindeststandards vor dem Urteilszeitpunkt? – Vorsorgliche Massnahmen	287
Kapitel 3: Mindeststandard im Urteil – Wirkung eines EGMR-Urteils	301

Inhaltsübersicht

Kapitel 4: Die Durchsetzung des Mindeststandards im Anschluss an das Urteil	357
Kapitel 5: Der Einfluss des EGMR in der Durchsetzungsphase – eine Judizialisierung des Implementierungsvorgangs?	408
Kapitel 6: Schlussevaluation des Durchsetzungsverfahrens – Optimierungsmöglichkeiten zur Gewährleistung einer effektiven Durchsetzung?	412
Teil 5: Schlussbetrachtung	420
Literaturverzeichnis	431
Materialienverzeichnis	449

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis Länder	29
Abkürzungsverzeichnis Kantone	31
Teil 1: Einleitung	35
Kapitel 1: Einführung	35
Kapitel 2: Untersuchungsgegenstand	36
I. Festlegung des Untersuchungsgegenstands	36
II. Stand der Forschung	40
Kapitel 3: Gang der Untersuchung	41
I. Untersuchungsablauf	41
II. Methodik	44
Teil 2: Grundlagen	47
Kapitel 1: Der Strafvollzug – ein empirischer Überblick	47
Kapitel 2: Menschenrechte im Strafvollzug	49
I. Menschenrechtsrelevanz des Strafvollzugs	49
II. Stellung des Inhaftierten	52
1. Modifikationen zu Gunsten des Inhaftierten?	52
1.1 Konventionsrechtliche Betrachtung	52
a. Materiellrechtliche Besonderheiten	52
b. Prozedurale Besonderheiten	56
1.2 Nationale Betrachtungsweise	58
2. Modifikationen zu Lasten des Inhaftierten?	59
2.1 Konventionsrechtliche Betrachtung	59
2.2 Nationale Betrachtungsweise	60
a. Anforderungen an die gesetzliche Grundlage und Gesetzesform bei Grundrechtseinschränkungen (Legalitätsprinzip)	61
b. Öffentliche Interessen und Verhältnismässigkeit i.e.S.	63

c Möglichkeit disziplinarischer Massnahmen	63
d Prozedurale Besonderheiten	64
III. Zwischenfazit: Menschenrechte im Strafvollzug	65
Kapitel 3: Rechtsrahmen im Mehrebenensystem	67
I. Vereinte Nationen (UN)	67
II. Europarat	75
1. Die Europäische Menschenrechtskonvention	76
2. Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe	83
3. Von den Europäischen Mindestgrundsätzen für die Behandlung der Gefangenen (ESMR) zu den Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen (EPR)	87
4. Weitere Empfehlungen des Europarates	91
III. Nationale Ebene / Schweiz	93
1. Bundesebene	94
1.1 Bundesverfassung	94
1.2 Bundesgesetze	96
1.3 Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)	97
2. Interkantonale Ebene	98
3. Kantonale Ebene	100
IV. Zwischenfazit zum Rechtsrahmen im Mehrebenensystem	102
Kapitel 4: Soft Law	102
I. Begriff, Charakter und normative Einordnung	102
II. Praktische Wirksamkeit	106
1. Praktische Wirksamkeit durch Implementierungskontrolle / Implementierungshilfe	106
2. Praktische Wirksamkeit durch Rechtssetzung	108
3. Praktische Wirksamkeit in der Rechtsprechung	109
3.1 Im Allgemeinen	109
3.2 Bei Konventionsrechten	111
a Auf Rechtsebene	111
b Auf Sachverhaltsebene	114
III. Zwischenfazit	117
Kapitel 5: Absolute Rechte	118
I. Vorbemerkungen	118

II. Merkmale und Kernelemente eines absoluten Rechts am Beispiel von Art. 3 EMRK	120
1. Hinsichtlich der Anwendbarkeit	120
1.1 Kriterien	120
1.2 Prüfungsmethodisches Vorgehen	121
2. Bei der Bestimmung des Schutzbereichs und des Eingriffs	125
2.1 Relativität der Schutzbereichsbestimmung und des Eingriffsbegriffs	125
2.2 Umgang mit konfligierenden Interessen und Rechten	127
2.3 Bestimmtheiterfordernis	129
III. Absolutes Recht im Sonderrechtsverhältnis	130
IV. Absolute Rechte und Soft Law?	132
V. Zwischenfazit	134
Teil 3: Mindeststandards im Strafvollzug – eine Analyse	137
Kapitel 1: Vorbemerkungen	137
I. Untersuchungsgegenstand und Vorgehen	137
II. Mindeststandard und das „no more harm principle“	138
III. Mindeststandard und die Ressourcen der Konventionsstaaten	139
Kapitel 2: Überbelegung	140
I. Überbelegung – Einführung und Definition	140
II. Überbelegung – Auswirkungen	143
III. Regelungsinstrumente zur Überbelegung – vorgeschlagene Mindeststandards	147
1. UN-Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen und Nelson-Mandela-Regeln	147
2. Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)	148
3. Europäische Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen (ESMR) und Europäische Strafvollzugsgrundsätze (EPR)	155
4. European Recommendation R (99) 22	159
IV. Rechtsprechung des EGMR – Analyse und Kritik	160
1. Genese der Rechtsprechung – von Ananyev zu Muršić – materieller Kern des Standards	160
2. Prüfungsmethodik des EGMR – Analyse	165
2.1 Vermutungswirkungen – Widerlegbarkeit – Beweismass und -last	165

2.2	Vermutungswirkungen, Voraussetzungen an die Kompensation zur Widerlegung	168
2.3	Vermutungswirkung und Grenze der Widerlegbar- keit – Element der Dauer	170
2.4	Prüfungsmethodisches Vorgehen des Gerichtshofs und Auswirkungen auf den Grundrechtsschutz	173
	a Kumulation und Menschenrechtsschutz	173
	b Kompensation und Menschenrechtsschutz	174
3.	Dogmatische Einordnung der Überbelegung durch den EGMR	176
3.1	Überbelegung – unmenschlich oder erniedrigend?	176
3.2	Kriterien der Standardbildung	181
4.	Notwendigkeit einer revidierten Prüfungsmethodik? – Ein Lösungsvorschlag	183
5.	EGMR im Verhältnis zu anderen Standards und zu anderen Institutionen	187
5.1	Einfluss anderer Institutionen auf die Rechtsprechung des EGMR bei der Überbelegung	188
	a Rechtsebene	188
	b Sachverhaltsebene	193
5.2	Zukunftsperspektiven des Soft Law in Bezug auf prekäre Platzbedingungen	195
6.	Zwischenfazit	196
V.	Situation in der Schweiz	198
1.	Materieller Mindeststandard – Analyse der Gesetzeslage in der Schweiz	199
2.	Rechtsprechung in der Schweiz – Analyse	200
2.1	Materieller Kern des Standards	200
2.2	Prüfungsmethodik des Schweizerischen Bundesgerichts und Vergleich mit dem EGMR	203
2.3	Dogmatische Einordnung der Überbelegung durch das Bundesgericht und Kriterien der Standardbildung	206
3.	Bundesgerichtliche Rechtsprechung und das Soft Law	208
3.1	Rechtsebene	208
3.2	Sachverhaltsebene	210
4.	Zwischenfazit	210
Kapitel 3:	Gesundheitsversorgung im Strafvollzug	211
I.	Gesundheitsversorgung im Strafvollzug – Einführung, Definition und Auswirkungen	212

II. Gesundheitsversorgung im Strafvollzug – Prinzipien	214
1. Äquivalenzprinzip	215
2. Freiwilligkeitsprinzip im Strafvollzug – das Prinzip der Einwilligung (informed consent)	220
3. Vertrauensprinzip und Vertraulichkeit im Strafvollzug – Arzt-Patienten-Beziehung	222
4. Zwischenfazit	223
III. Regelungsinstrumente zur Gesundheitsversorgung – vorgeschlagene bzw. gesetzte Standards	224
1. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UNO-Pakt I)	224
2. UN-Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen und Nelson-Mandela-Regeln	225
2.1 UN-Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen	225
2.2 Die Nelson-Mandela-Regeln	227
3. Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)	229
4. Europäische Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen (ESMR) und Europäische Strafvollzugsgrundsätze (EPR)	233
5. Weitere Europaratsempfehlungen	235
6. Zwischenfazit	237
IV. Rechtsprechung des EGMR – Analyse und Kritik	237
1. Genese der Rechtsprechung – materieller Kern des Standards	238
2. Dogmatische Einordnung der Gesundheitsversorgung durch den EGMR und Kriterien der Standardbildung	246
3. Prüfungsmethodik des EGMR	249
3.1 Prüfungstiefe und -dichte und Beweislast	249
3.2 Äquivalenzprinzip vs. Angemessenheitsprüfung	250
a Bedeutung in der Rechtsprechung des Gerichtshofs	250
b Äquivalenz oder Angemessenheit als geeigneter Mindeststandard?	250
c Zwischenfazit	254
3.3 Wechselwirkungen – Kumulation und Kompensation?	254
3.4 Zwischenfazit	257

4. EGMR im Verhältnis zu anderen Standards und zu anderen Institutionen	258
4.1 Einfluss anderer Institutionen auf die Rechtsprechung des EGMR bei der Gesundheitsversorgung im Strafvollzug	258
a Rechtsebene	258
b Sachverhaltsebene	263
4.2 Zukunftsperspektiven des Soft Law in Bezug auf eine angemessene Gesundheitsversorgung im Strafvollzug	267
5. Zwischenfazit	267
V. Situation in der Schweiz	270
1. Materieller Mindeststandard – Analyse der Regulierung in der Schweiz	270
2. Rechtsprechung in der Schweiz – Analyse	278
2.1 Materieller Kern des Standards	278
2.2 Prüfungsmethodik des Schweizerischen Bundesgerichts und Vergleich mit dem EGMR	281
3. Bundesgerichtliche Rechtsprechung und das Soft Law	283
3.1 Rechtsebene	283
3.2 Sachverhaltsebene	284
4. Zwischenfazit	284
Teil 4: Durchsetzungsmechanismen bei unzureichenden Haftbedingungen	286
Kapitel 1: Ausgangspunkt	286
Kapitel 2: Gewährleistung eines Mindeststandards vor dem Urteilszeitpunkt? – Vorsorgliche Massnahmen	287
I. Bedeutung der vorsorglichen Massnahmen für die Durchsetzung von EGMR-Urteilen	287
II. Vorsorgliche Massnahmen bei unmenschlichen und erniedrigenden Haftbedingungen i.S.v. Art. 3 EMRK	289
1. Anordnung vorsorglicher Massnahmen nach Regel 39 VerfO	289
2. Befolgspraxis der Konventionsstaaten bei vorsorglichen Massnahmen und die Rolle von Art. 34 EMRK	294
III. Zwischenfazit	300
Kapitel 3: Mindeststandard im Urteil – Wirkung eines EGMR-Urteils	301
I. Feststellungsurteil	301

II. Bindungswirkung und Orientierungswirkung – ein Überblick	302
III. Befolgungspflicht	304
1. Beendigungspflicht	304
2. Anordnung bestimmter Abhilfemassnahmen	305
2.1 Anordnung individueller Massnahmen bei unenschlichen und erniedrigenden Haftbedingungen	309
2.2 Anordnung genereller Massnahmen bei unenschlichen und erniedrigenden Haftbedingungen	311
IV. Piloturteilstechnik	312
1. Möglichkeit von Piloturteilsverfahren – im Allgemeinen	312
1.1 Entstehungsgeschichte und Überblick	312
1.2 Funktionsweise und Begriff des Piloturteilsverfahrens	314
2. Piloturteile bei unenschlichen und erniedrigenden Haftbedingungen i.S.v. Art. 3 EMRK	316
2.1 Vorbemerkungen	316
2.2 Vorliegen eines strukturellen oder systemischen Problems	317
a Die Piloturteile im Einzelnen	318
b Analyse der Piloturteile	326
aa Numerische und prognostizierende Betrachtung	326
bb Bedeutung der Kooperationsbereitschaft der Konventionsstaaten	328
cc Geographische Verteilung	329
dd Themenbereiche unenschlicher und erniedrigender Haftumstände	329
ee Zeitlicher Verlauf der Anwendung der Piloturteilsverfahrenstechnik	330
ff Zwischenfazit	330
2.3 Anordnung konkreter individueller und genereller Massnahmen in den Piloturteilen	331
a Die Piloturteile im Einzelnen	332
b Weiterführende Analyse	343
aa Grundsätze des Gerichtshofs und Vorgehensweise	343
bb Themenbereiche unenschlicher und erniedrigender Haftumstände	344
cc Art und Zeithorizont der vorgeschlagenen Massnahmen	345
dd Möglichkeit der Übergangslösungen	347
ee Anordnungen im Urteilstenor	348

ff Umsetzungsfrist	349
gg Parallelfälle	352
2.4 Zwischenfazit	353
V. Gerechte finanzielle Entschädigung i.S.v. Art. 41 EMRK	355
Kapitel 4: Die Durchsetzung des Mindeststandards im Anschluss an das Urteil	357
I. Arbeitsweise und Rolle des Ministerkomitees bei der Durchsetzung von EGMR-Urteilen	358
1. Ausgangspunkt, Überwachungsgegenstand und Grundsätze	358
2. Entwicklung und Funktionsweise des Monitoringprozesses	359
2.1 Änderungen infolge des 14. Zusatzprotokolls	360
2.2 Priorisierungsverfahren des Ministerkomitees	362
a Twin-track supervision – Zuteilung der Fälle	363
b Twin-track supervision – das Monitoringverfahren im Einzelnen	364
2.3 Überwachung der Zahlungsverpflichtung	368
2.4 Zusammenarbeit des Ministerkomitees mit weiteren Akteuren	369
II. Umsetzung der Piloturteile	371
1. Status der Umsetzung der angeordneten Massnahmen	371
2. Umsetzungsverfahren der Piloturteile	382
3. Analyse der Umsetzung der Piloturteile	387
3.1 Priorisierungsverfahren und Stand der Umsetzung	387
3.2 Implementierungsdauer	389
3.3 Strukturelles Problem und Art der ergriffenen Massnahmen	391
3.4 Generelle Implementierungsmassnahmen und Folgerechtsprechung	392
3.5 Bedeutung weiterer Akteure im Implementierungsverfahren	393
3.6 Stellungnahmen von NGOs, nationalen Menschenrechtsinstitutionen und Beschwerdeführern	395
3.7 Bedeutung des infringement proceeding	396
3.8 Zwischenfazit	396
III. Umsetzung übriger Urteile	397
1. Parallelfälle vs. Fälle ohne Konnex zu Piloturteilen und die Bedeutung des Priorisierungsverfahrens	398
2. Status der Umsetzung und die Art ergriffener Massnahmen	399
2.1 Umsetzungsverfahren und Notwendigkeit genereller Massnahmen	399

2.2 Konsequenz der Gesamtbetrachtung bei der Durchsetzung des Urteils	403
3. Implementierungsdauer	404
4. Zwischenfazit	405
IV. Zwischenfazit – Phase nach dem Urteil	406
Kapitel 5: Der Einfluss des EGMR in der Durchsetzungsphase – eine Judicialisierung des Implementierungsvorgangs?	408
Kapitel 6: Schlussevaluation des Durchsetzungsverfahrens – Optimierungsmöglichkeiten zur Gewährleistung einer effektiven Durchsetzung?	412
Teil 5: Schlussbetrachtung	420
Literaturverzeichnis	431
Materialienverzeichnis	449

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AJIL	American Journal of International Law (Zeitschrift)
allg.	allgemein
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
APA	American Psychological Association
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
BAG	Bundesamt für Gesundheit (Schweiz)
Beschl.	Beschluss
betr.	betreffend
BGE	Leitentscheid des Bundesgerichts (Schweiz)
BGer	Bundesgericht (Schweiz) bzw. Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts
BGG	Bundesgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005 (SR 173.110)
BG KVF	Bundesgesetz über die Kommission zur Verhütung von Folter vom 20. März 2009 (SR 150.1)
BIG	Projekt Bekämpfung von Infektionskrankheiten im Gefängnis
BJ	Bundesamt für Justiz (Schweiz)
BMC Public Health	BioMed Central Public Health (Zeitschrift)
BP	Ban Public (Zeitschrift)
BSK	Basler Kommentar
bspw.	beispielsweise
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

Abkürzungsverzeichnis

c.	contre / gegen
CAT	Committee Against Torture / UN-Antifolterausschuss
CDPC	European Committee on Crime Problems / Europäischer Ausschuss für Strafrechtsfragen
CEDH	Convention européenne des droits de l'homme / Europäische Menschenrechtskonvention
CEPEJ	Commission européenne pour l'efficacité de la justice / Europäische Kommission für die Effizienz der Justiz
CESCR	Committee on Economic, Social and Cultural Rights / Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
CPT	European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment / Europäisches Komitee zur Verhütung der Folter und der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung oder Strafe
d.h.	das heisst
diesbzgl.	diesbezüglich
diss. op.	dissenting opinion / abweichendes Votum
ECHR / ECtHR	European Court of Human Rights / Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ECOSOC	Economic and Social Council / Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDI-VO	Verordnung des EDI über die Meldung von Beobachtungen übertragbarer Krankheiten des Menschen vom 1. Dezember 2015 (SR 818.101.126)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJCPR	European Journal on Criminal Policy and Research (Zeitschrift)
EJIL	European Journal of International Law (Zeitschrift)
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJProb	European Journal of Probation (Zeitschrift)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, abgeschlossen in Rom am 4. November 1950 (SR 0.101)
ENDIPP	European Network on Drugs and Infections Prevention in Prison
Entsch.	Entscheidung

EpG	Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 28. September 2012 (SR 818.101)
EPR	European Prison Rules / Europäische Strafvollzugsgrundsätze
EpV	Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung) vom 29. April 2015 (SR 818.101.1)
ERS	Satzung des Europarates, angenommen in London am 5. Mai 1949 (SR 0.192.030)
ESMR	European Standard Minimum Rules for the Treatment of Prisoners / Europäische Mindestgrundsätze für die Behandlung Gefangener
et al.	et alii / et aliae / und andere
etc.	et cetera
ETS	European Treaty Series
EU	Europäische Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Zeitschrift)
Eur J Crim Policy Res	European Journal on Criminal Policy and Research (Zeitschrift)
EYHR	European Yearbook on Human Rights
f./ff.	und folgende
Fn.	Fussnote
FS	Festschrift
gem.	gemäss
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz (Deutschland)
HMG	Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz) vom 15. Dezember 2000 (SR 812.21)
HRLR	Human Rights Law Review (Zeitschrift)
HRTF	Human Rights Trust Fund
HRRS	Höchstrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht (Online-Zeitschrift)
Hrsg.	Herausgeber
HR&ILD	Human Rights & International Legal Discourse (Zeitschrift)
HUDOC	Human Rights Documentation
HUDOC-Exec	Human Rights Documentation of the Department for the Execution of Judgments of the ECHR

Abkürzungsverzeichnis

ICPC	International Classification of Primary Care / medizinische Klassifikation
ICRC	International Committee of the Red Cross / Internationales Komitee vom Roten Kreuz
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH-Statut	Statut des Internationalen Gerichtshof vom 26. Juni 1945, von der Bundesversammlung genehmigt am 12. März 1948 (SR 0.193.501)
IK	Internationaler Kommentar zur EMRK
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
insb.	insbesondere
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, abgeschlossen in New York am 16. Dezember 1966 (SR 0.103.2)
i.S.d.	im Sinne des / der
i.S.e.	im Sinne einer
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JVV ZH	Justizvollzugsverordnung des Kantons Zürich vom 6. Dezember 2006 (LS 331.1)
JZ	Juristen Zeitung (Zeitschrift)
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KKJPD	Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KOK	Koordinationskonferenz Justizvollzug
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (SR 832.10)
KVV	Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995 (SR 832.102)
lit.	litera
LS	Loseblattsammlung (Zürich)
m ²	Quadratmeter
Mio.	Millionen
MLR	The Modern Law Review (Zeitschrift)
m.V.z.	mit Verweis zu
m.w.H.	mit weiteren Verweisen

m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N	Note
NGO	Non-Governmental Organization / Nichtregierungsorganisation
NJECL	New Journal of European Criminal Law (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NKVF	Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
No.	Number / Nummer
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NWI	Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz, Konkordatsvereinbarung vom 5. Mai 2006 (SSED 01.0)
ONU	Organisation des Nations Unies / Vereinte Nationen
OPCAT	Optional Protocol to the Convention Against Torture / Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, abgeschlossen in New York am 18. Dezember 2002
OSK	Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 (LS 334)
Pl	Plenary / Plenum
PMC	Public Monitoring Committee
resp.	respectively / respektive
Rn.	Randnummer
RRIP	Règlement sur le régime intérieur de la prison et le statut des personnes incarcérées de Genève du 30 septembre 1985 (législation genevoise F 1 50.04)
RTDH	Revue Trimestrielle des Droits de l'Homme (Zeitschrift)
s.	siehe
S.	Seite
SAMW	Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zeitschrift)
SK	Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung mit GVG und EMRK
SKJV	Schweizerisches Kompetenzzentrum für den Justizvollzug
sog.	sogenannt

Abkürzungsverzeichnis

SPACE	Statistiques Pénales Annuelles du Conseil de l'Europe / jährliche Statistiken des Europarates
SPS	Santé Prison Suisse
SPT	Subcommittee on Prevention of Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (UN) / Unterausschuss zur Verhütung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe der Vereinten Nationen
sq. m	square meter / Quadratmeter
SR	Systematische Rechtssammlung des Bundes
SSED	Systematische Sammlung der Erlasse und Dokumente
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1973 (SR 311.0)
StJVG ZH	Straf- und Justizvollzugsgesetz des Kantons Zürich vom 19. Juni 2006 (LS 331)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
SZK	Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie (Zeitschrift)
TLR	Tulane Law Review (Zeitschrift)
u.	und
u.a.	und andere / unter anderem
UCL JLJ	UCL Journal of Law and Jurisprudence (Zeitschrift)
UN	United Nations / Vereinte Nationen
UNCAT	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment / Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, abgeschlossen in New York am 10. Dezember 1986 (SR 0.105)
UNCCPCJ	Commission on Crime Prevention and Criminal Justice / UN-Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen, abgeschlossen in San Francisco am 26. Juni 1945 (SR 0.120)

UNCPCTO	United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders resp. since 2005 United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice / Kongress der Vereinten Nationen für Verbrechenverhütung und die Behandlung Straffälliger resp. seit 2005 Kongress der Vereinten Nationen zur Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege
UNO	United Nations Organization / Vereinte Nationen
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime / Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung
UNO-Pakt I	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, abgeschlossen in New York am 16. Dezember 1966 (SR 0.103.1)
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, abgeschlossen in New York am 16. Dezember 1966 (SR 0.103.2)
UN-SMR	United Nations Standard Minimum Rules for the Treatment of Prisoners / Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen
Urt.	Urteil
v / vs.	versus
v.	vom
v.a.	vor allem
VerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 4. November 1998 (SR 0.101.2)
vgl.	vergleiche
WSK-Ausschuss	Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, abgeschlossen in Wien am 23. Mai 1969 (SR 0.111)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZEK	Zentrale Ethikkommission
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien (Zeitschrift)
ZfStrVO	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (Zeitschrift)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer

Abkürzungsverzeichnis

ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Zeitschrift)
zit.	zitiert
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht (Zeitschrift)
ZP	Zusatzprotokoll
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht (Zeitschrift)
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis Länder

ALB	Albanien
ARM	Armenien
AUT	Österreich
AZE	Aserbajdschan
BEL	Belgien
BIH	Bosnien u. Herzegowina
BUL	Bulgarien
CRO	Kroatien
CYP	Zypern
CZE	Tschechische Republik
DEN	Dänemark
ESP	Spanien
EST	Estland
FIN	Finnland
FRA	Frankreich
GBR	Grossbritannien
GEO	Georgien
GER	Deutschland
GRE	Griechenland
HUN	Ungarn
IRL	Irland
ITA	Italien
LAT	Lettland
LTU	Litauen
MDA	Moldawien
MKD	Nordmazedonien
MNE	Montenegro
NED	Niederlande
POL	Polen
ROM	Rumänien
RUS	Russland

Abkürzungsverzeichnis Länder

SLO	Slowenien
SUI	Schweiz
TUR	Türkei
UKR	Ukraine

Abkürzungsverzeichnis Kantone

AG	Aargau
AI	Appenzell Innerrhoden
AR	Appenzell Ausserrhoden
BE	Bern
BL	Basel-Landschaft
BS	Basel-Stadt
FR	Freiburg
GE	Genf
GL	Glarus
GR	Graubünden
JU	Jura
LU	Luzern
NE	Neuenburg
NW	Nidwalden
OW	Obwalden
SG	St. Gallen
SH	Schaffhausen
SO	Solothurn
SZ	Schwyz
TG	Thurgau
TI	Tessin
UR	Uri
VD	Waadt
VS	Wallis
ZG	Zug
ZH	Zürich

“The mood and temper of the public with regard to the treatment of crime and criminals is one of the most unfailing tests of the civilization of any country.”

Winston Churchill

